

Vorwürfe der Bürgerinitiative sind unberechtigt

Die CDU ist nicht gegen eine IGS als Schulform, aber gegen den Standort Hämelerwald

Der CDU-Stadtverbandsvorsitzende Jürgen Kelich zeigt sich über die neuerlichen Vorwürfe des BiGiL-Sprechers Carsten Milde im MARKTSPIEGEL vom 22.10.2008 erstaunt und spricht von einer bewussten Verdrehung der Tatsachen. Sowohl im Schulausschuss als auch in der Debatte im Rat hat die CDU stets betont, nicht gegen eine IGS als alternative Schulform zu sein, wohl aber gegen den Standort in Hämelerwald. Dem Landtagsabgeordneten Dr. Deneke-Jöhrens sogar Wortbruch vorzuwerfen und zu behaupten, die CDU sage den Eltern ins Gesicht **Zitat: „dass sie die Gesamtschule in keinem Fall bekämen, wenn es in Lehrte nach der CDU ginge. Zitat Ende**, ist schlichtweg falsch. Herr Milde verdreht hier die Tatsachen und das kann in keinem Fall hingenommen werden.

Kelich stellt klar, dass die CDU in der Schuldiskussion von Anfang an eine gerade und ausschließlich sachliche Linie vertreten hat und weiter vertreten wird. Der CDU-Stadtverband und die CDU-Ratsfraktion stehen für ein gegliedertes, vielfältiges Schulsystem, in dem neben Haupt- und Realschulen und Gymnasien auch Kooperative und Integrierte Gesamtschulen sowie Schulen in freier Trägerschaft ihren Platz haben können. Die Gründung einer Integrierten Gesamtschule in Hämelerwald werde unter den sich abzeichnenden Bedingungen abnehmender Schülerzahlen (2009 werden 21,6 % weniger Schüler eingeschult) gravierende Auswirkungen auf die zukünftige Entwicklung von Schulangeboten und –standorten haben. Es muss bedacht werden, dass die Erweiterung des bestehenden Schulzentrums in Hämelerwald angesichts der rückläufigen Geburtenquoten in unserer Kommune nur zu Lasten anderer Schulstandorte, wie z.B. der Hauptschule im Schulzentrum Lehrte-Süd gehen wird. Diese Sorge teilt auch der Schulvorstand der Hauptschule im Schulzentrum Lehrte-Süd. In einem Brief an Rat und Verwaltung der Stadt Lehrte mahnt er an, dass die Bildung der IGS in Hämelerwald der Haupt- und auch der Realschule Schüler in erheblichem Ausmaß entziehen werde, und dass damit die Hauptschule Lehrte in ihrem Bestand nicht nur gefährdet, sondern – so ist zu befürchten – arbeitsunfähig werde.

Kelich macht deutlich, dass die CDU auf jeden Fall den Elternwillen zum Thema IGS respektieren werde, weist aber auch mit Nachdruck darauf hin, dass der Elternwille laut Schulgesetz eben nur **eine** Voraussetzung für die Genehmigung sei. Herr Milde handelt unverantwortlich, wenn er den Eltern suggeriert, dass diese Schulform in jedem Fall kommt, sofern sich nur genügend für diese Schulform und den Standort aussprechen. Laut Gesetz ist die Erfüllung weiterer Voraussetzungen erforderlich. Es werden falsche Hoffnungen geweckt, was später nur zu Enttäuschungen führt. Dieses als einen Positionswechsel der CDU zu werten, zeigt einmal mehr, wie unsachlich und polemisch Herr Milde mit dem Thema umgeht. Darüber hinaus ist es völlig inakzeptabel und überhaupt nicht mit den Grundsätzen zur Neutralitätspflicht vereinbar, dass der Schulträger die Informationsveranstaltungen durch selbst ernannte „Experten“ einer Bürgerinitiative gestalten lässt. Wenn Milde der CDU eine bewusste Einflussnahme auf die Elternbefragung vorwirft, so Kelich weiter, dann muss er sich selbst fragen lassen, wie stark seine Einflussnahme auf den Elternwillen zu werten ist, wenn die von ihm maßgeblich geformte Bürgerinitiative die Informationsveranstaltungen inhaltlich gestaltet.